



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Das Schriftstellerelend.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Das Schriftstellerelend.



In den letzten Tagen des Jahres 1882 erschöpfte ein Berliner Journalist seine Frau und dann sich selbst, weil er den Mut verloren hatte, den Kampf um das tägliche Brot fortzusetzen. Der Fall wurde der Anlaß zu mancherlei Äußerungen über die Stellung des Schriftstellers, besonders des Tageschriftstellers in Deutschland. Während aber die meisten Zeitungen nur allgemeine, mehr oder minder resignirte Betrachtungen anstellten, forderte der „Düsseldorfer Anzeiger“ energisch zur Selbsthilfe auf und bezeichnete als einziges Rettungsmittel „die enge Verbindung aller Zeitungsverleger und Redakteure zur gemeinsamen Wahrung ihrer berechtigten Interessen zum eignen Vorteil und zum Vorteil von vielen tausend Schriftstellern, sowie von Millionen Lesern, für die das Beste als geistige Nahrung nicht zu gut ist.“ Der Verfasser dieses Artikels, Redakteur Gustav Spiethoff, hat es auch bei jener Anregung, auf welche nichts gefolgt zu sein scheint als hie und da eine halbe Zustimmung, nicht wollen bewenden lassen. Eine von ihm unter dem Titel Die Großmacht Presse und das deutsche Schriftstellerelend. Ein Wort an alle Zeitungsverleger und Literaten Deutschlands (Düsseldorf, Felix Bagel, 1883), herausgegebene (uns erst jetzt in die Hände gefallene) Schrift beschäftigt sich mit demselben Thema. Seine Vorschläge enthält das „Zur Einleitung“ überschriebene Kapitel; daran reihen sich als Belegstücke und Exkurse mehr als zwanzig Artikel, die zum Teil hier zum erstenmal gedruckt zu sein scheinen, zum größern Theile dem eignen Blatte des Verfassers oder andern entnommen sind. Erschöpfung des ganzen Stoffes lag, wie er ausdrücklich bemerkt, nicht in seiner Absicht: er wollte „zur Lösung einer brennenden Frage anreizen, und andeuten, daß auch etwas geschehen wird“; auch bittet er, die kleine Schrift, „welche neben den laufenden und bekanntlich störenden Berufsgeschäften zusammengestellt wurde, nicht auf ihren schriftstellerischen Wert zu prüfen.“ Diese Rücksicht wollen wir gern nehmen, wir wissen, wie wenig die zersplitternde und aufreibende Thätigkeit eines Zeitungsredakteurs einer Arbeit förderlich ist, die Sammlung erheischt. Dabei können wir aber nicht verschweigen, daß etwas wie ein „verbindender Text“ zwischen den Artikeln, Andeutungen, wie er selbst sich zu den Aufsätzen aus fremder Feder stellt, für die Sache nützlich gewesen sein würden, und daß dafür unsrer Meinung nach mancherlei hätte wegbleiben können. Das Kapitel über schriftstellernde Frauen z. B. enthält zwar sehr viel Wahres und Treffendes, die Charakteristik der Frau von Hillern und ihrer abgeschmackten Romane und Dramen ist ganz ergötzlich; aber eine Note unter dem Texte zeigt, daß der

Verfasser selbst gefühlt hat, in dieser Verbindung könne der Aufsatz aufgefaßt werden wie ein Hilferuf gegen

die Schneidermamsellen,  
Die das Brot verkürzen uns Schneidergesellen.

Ein ungenannter Korrespondent des Verfassers (offenbar G. Freytag) hat auch etwas derartiges befürchtet, und die Klage, daß „die Presse sich gegenwärtig wie die Theaterdirektoren und Schauspieler zu sehr durch Leute bedienen lassen, die nicht zum Metier gehören,“ die „vielfach die Fettagungen von der Suppe schöpfen,“ klingt mindestens zweideutig. Aber sei dem, wie ihm wolle: der Anteil der Blaustrümpfe an der Schuld des „deutschen Schriftstellerelends“ kann schwerlich so groß sein, daß die ohnehin sehr komplizierte Frage durch Herbeiziehung der „Schriftstellerinnen“ noch schwieriger gemacht werden müßte. Was sollen ferner die fünfviertel Druckbogen füllenden Auseinandersetzungen über eine überflüssige Broschüre eines halbgebildeten, aber ganz erbosten Malers? — abgesehen davon, daß jemand, der den Satz niederschreiben kann: „Auch hat mich die Anmaßung von Gelehrten, die besser als unsre ersten Maler wissen wollen, ob ein Rubenssches Bild echt oder nachgemacht ist, wahrhaft in Erstaunen gesetzt,“ und der ganz nach Malerart Kunstforschung und Tageskritik durcheinanderwirft, in diesem Falle kein kompetenter Richter ist. In Beziehung auf die angebliche Unterdrückung der inländischen dramatischen Produktion durch die Theaterdirektoren hat der oben erwähnte Korrespondent den Verfasser schon berichtigt.

Wir haben diese Ausstellungen vorangeschickt und wollen auch noch unser Bedauern über den — Geschmack des Verlegers aussprechen (welcher, wahrscheinlich um die „schiefe Stellung“ der Schriftsteller zu verfinnlichen, die Titelworte der Schrift in diagonaler Richtung setzen ließ), um nun rückhaltlos anzuerkennen, daß wir es in dem Verfasser mit einem Manne von redlichstem Willen, nationaler Gesinnung und Freimut zu thun haben. Wie sehr er sich bemüht, den wahren Ursachen der herrschenden Übelstände nachzuspüren und, wo er sie erkannt zu haben glaubt, sie ohne Rücksicht ans Licht zu ziehen, auch wenn er dabei Vorurteilen seiner Standesgenossen entgegentreten muß, das zeigen gleich seine, leider nur flüchtigen, Bemerkungen über das Verhältnis zwischen Schriftstellern und Verlegern und über die bornirte Gleichgiltigkeit so vieler Mitglieder der erstern Zunft gegen die geschäftlichen Bedingungen, unter welchen ihre Erzeugnisse den Weg in die Öffentlichkeit finden. Gerade dieser Punkt hätte freilich verdient, nicht nur gestreift zu werden. Wenn Schriftsteller sich ein wenig mehr darum bekümmern wollten, was die Herstellung eines Buches kostet, welche Mittel für den Vertrieb in Bewegung gesetzt werden müssen, und wie wenige Bücher sich auch nur bezahlt machen, geschweige denn Gewinn bringen, dann würde die Einbildung, daß der Verleger sein Geld noch extra

riskire, um größere Auflagen zu machen, als kontraktlich bedungen war, daß seine Unthätigkeit den geringen Absatz verschulde u. dgl. m., nicht so häufig sein, und mancher hoffnungsvolle Jüngling würde es sich länger überlegen, bevor er den Entschluß ausführt, „von der Feder zu leben.“

Über die Mitverantwortlichkeit des Publikums für den Zustand der Presse, über die Schäden einer einseitigen Entwicklung der Journalistik unter der Herrschaft der politischen Parteien, über den bald albernen, bald perfiden Mißbrauch, der mit dem Wort „offiziös“ getrieben wird, über das Unrecht der Regierungen, ihre prinzipiellen Gegner in der Publizistik noch zu begünstigen, über Sensationsfucht, über das Annoncenwesen u. a. m. bekommen wir sehr verständige Bemerkungen zu lesen, und man kann nur wünschen, daß die vorgetragenen Ansichten von der ganzen Gemeinde geteilt würden, dann brauchte man sich weniger den Kopf zu zerbrechen, wie dem Schriftstellerelend abzuhelpen sei.

Doch es ist Zeit, daß wir uns die Reformvorschläge des Verfassers ansehen. Er wünscht die Bildung von „fünf bis sechs Schriftstellervereinen zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Interessen.“ Diese Vereine sollen dahin wirken, daß die durch eine schrankenlose Konkurrenz zu tief gedrückten Zeitungspreise wieder auf eine angemessene Höhe gebracht und damit der Verdienst des Redakteurs und Mitarbeiters gesteigert werde, daß die deutsche Arbeit vor der Übersetzung aus fremden Sprachen den Vorzug erhalte, daß die Provision für telegraphische Korrespondenzen ermäßigt werde u. a. m.; eine Hilfskasse und ein Altersversorgungsfonds sollen der Wiederholung von Fällen, wie der eingangs erwähnte, vorbeugen.

Dagegen ist zunächst nichts einzuwenden. Allerdings muß der Verfasser am Schlusse selbst melden, daß eben jener Fall nicht so tragisch sei, wie er zuerst aufgefaßt worden: nicht der Hunger hat den unglücklichen Mann in den Tod getrieben, er hätte noch reichlich verdienen können. Und das wird jeder Kenner der Verhältnisse zugeben, daß in den allermeisten Fällen von Schriftstellerelend eignes Verschulden mit im Spiele ist, sei es auch nur, daß in den Jahren körperlicher Rüstigkeit, Arbeitskraft und guter Einnahmen nicht an andre Zeiten gedacht und Vorsorge für solche getroffen wurde. Dessenungeachtet wünschen auch wir, die Vorschläge Spiethoffs recht bald verwirklicht zu sehen. Man muß das Sparen gerade dem erleichtern, der keine Anlage dazu hat, und man muß dem Erwerbsunfähigen die Möglichkeit eröffnen, Unterstützung zu erhalten, ohne zum Bettler zu werden. Und gewiß wird eine mehr gesicherte Existenz auch zur moralischen Kräftigung des Standes beitragen. Nur erwarte man in diesem Punkte nicht zuviel. So oft auf solche Verhältnisse die Rede kommt, wird die Wiener „Konfordia“ und die Anekdote zitiert, daß Graf Beust einmal mit einer Redakteursfrau getanzt habe. Wenn die Geschichte wahr ist, so beweist sie doch nichts. Ehe Graf Beust von der Popularitätsfucht ergriffen war, störte es ihn durchaus nicht, daß Schriftsteller in Waldheim Wolle spinnen

mußten, und ob er nachher unter seinesgleichen ebenso hochachtungsvoll von Journalen und Journalisten gesprochen haben mag wie in seinen Tischreden, das bleibt sehr fraglich. Und irren wir nicht, so hat man gerade in Wien nötig gefunden, für eine besondere Gattung von Zeitungen einen eignen Namen zu schaffen: „Revolverpresse“ — trotz der reichen und einflußreichen „Konkordia“! Man übersieht eben mehr als einen wichtigen Umstand, wenn man Schriftstellerverbänden eine ähnliche Wirksamkeit zutraut wie den Ehrengerichten der Anwälte, der Ärzte u. s. w.

Stellen wir uns einen konkreten Fall vor, der sich sehr leicht ereignen kann, auch wenn ein solcher Verein sich von gewerbsmäßigen Expressern und sonstigen offenkundigen Gaunern freizuhalten weiß. Jemand hat eine Thatsache erlauscht, deren Bekanntwerden der Staatsregierung in ihren Beziehungen zum Auslande Verlegenheiten schaffen und auf alle Fälle nichts nützen kann. Redakteur A. wird sich mit Begier auf die Mitteilung werfen, weil es bei ihm Prinzip ist, jede oder wenigstens diese Regierung zu ärgern und zu schädigen, ohne Rücksicht auf höhere Gebote. Redakteur B. ist nicht von solchem Parteihass erfüllt, aber eine so pikante Neuigkeit glaubt er sich nicht entgehen lassen zu dürfen, und er beschwichtigt sein Gewissen mit dem Sophisma: Bringe ich die Geschichte nicht, andre thun es doch, und ich habe nur den Schaden davon. Ein Ehrenrat würde nicht umhin können, die unpatriotische Handlung zu verurteilen; aber mit welchem Erfolge? B. fügte sich vielleicht, A. sicherlich nicht, lieber erklärte er seinen Austritt aus dem Vereine, schlug wohl noch Kapital aus dem „Versuche, die Presse zu demoralisiren“; und das Urteil des Publikums? „Er ist ein . . ., aber ein verfluchter Kerl, der seine Leser gut bedient!“ Welche infamirenden Anschuldigungen haben in den Jahren 1875 und 1876 manche Zeitungen einander ins Gesicht geschleudert! und doch ist alles beim alten geblieben. Nein, die Vereine allein können da nicht Wandel schaffen, das Publikum will es nicht. Und der Verfasser sieht doch ebenfogut wie irgend jemand ein, daß mit einer Versorgungskasse allein den Schäden nicht abgeholfen werden könnte.

Einmal ist er allerdings sehr bescheiden in seinen Ansprüchen. Er erwähnt einen 1881 in den Grenzböten erschienenen Aufsatz über den deutschen Schriftstellerverband und meint, der Jahresbericht von 1882 lasse doch „manches Gute und Schöne“ von diesem Verbands erwarten. Und dann wird aufgezählt, daß der Vorstand emsig jeden Tag arbeite, daß durch eine Schenkung und eine Goethefeier 1542 Mark 41 Pf. eingegangen seien, daß der Verband mehrere Vorberkränze gestiftet habe, daß verschiedene schwungvolle Reden gehalten worden seien, und „ein energisches Manifest gegen den unbefugten Nachdruck publizirt werden solle.“ Wenn Spiethoff sagt, das sei „doch etwas,“ so weiß man wahrlich nicht, ob das für Ernst oder Spott gehalten sein will.

Daß dergleichen Hilfsvereine auch eine bedenkliche Seite haben, wurde schon im Jahre 1859 von Jacob Grimm in der überzeugendsten Weise dargethan.

Wir wollen seine Argumente gegen die Schillerstiftung hier nicht wiederholen; wer sich derselben nicht erinnert, möge die Rede nachlesen, das ist unter allen Umständen eine nützliche Beschäftigung.

Die Vereine und Verbände allein können nicht helfen, das Publikum will nicht helfen — so bleibt uns nur der Staat übrig. Wenn die Presse Ansprüche erhebt, so beruft sie sich auf ihr öffentliches Amt, wenn Ansprüche an sie gemacht werden, erklärt sie sich bescheiden als Gewerbe. Beides ist richtig, und auf beiden Punkten muß der Hebel angelegt werden. Wer ein Amt bekleiden will, muß seine Fähigkeiten und Kenntnisse nachweisen und darf nicht industrielle Geschäfte betreiben, welche Einfluß auf die Verwaltung seines Amtes haben können. Den ersten dieser beiden Punkte berührt der Verfasser nicht oder doch nicht direkt, das Inseratenwesen bespricht er mehrfach. Der Verfasser dieser Zeilen hat vor fünf bis sechs Jahren durch eine Besprechung dieser, auch brennenden, Frage (in den „Preussischen Jahrbüchern“) einen kleinen Sturm heraufbeschworen. Von allen Seiten wurden seine Vorschläge für gänzlich unausführbar erklärt, ohne Ankündigungen könnten die Zeitungen, wie sie sich nun einmal entwickelt haben, nicht bestehen. Das ist richtig, wir wünschen auch garnicht, daß sie „so“ fortbestehen. Eine 1879 von Robert Schmölder herausgegebene Schrift spricht sich für einen Mittelweg aus: Inserate geschäftlicher Natur sollen ausschließlich den amtlichen Anzeigeblättern zugewiesen werden. Spiethoff seinerseits erkennt den Schaden an, welchen „Frivolität und Schamlosigkeit im Bunde mit schmutziger Geldsucht“ auf diesem Felde anrichten, würdigt aber nicht, wie oft und in wie wichtigen Fragen der Inserent die Haltung eines Blattes beeinflussen kann. Redaktionen, welche am geräuschvollsten auf ihre Unabhängigkeit pochen, unterwerfen sich manchmal ohne Widerstand der Zensur oder Korrektur eines ständigen Mitarbeiters — der letzten Seite. Vor allem haben die geschäftlichen Anzeigen garnichts mit einer politischen Zeitung zu schaffen. Aber bei der jetzigen Gewöhnung der Leser wären selbständige und nur selbständig vertriebene Intelligenzblätter kein genügender Ersatz, weder für die Ankündigenden, noch für deren Publikum. Deshalb halten wir unsern Gedanken aufrecht, daß die amtlichen Anzeigeblätter gar keinen redaktionellen Text enthalten dürfen, hingegen jeder Zeitung ohne Unterschied der Farbe beigelegt werden können. Eine wie viel größere Verbreitung erhielte dadurch die Ankündigung, um wie viel wohlfeiler käme sie — absolut und vollends relativ! — zu stehen, und welche Einnahme könnte in die Staatskasse fließen, die sich niemand fühlbar machte! Ja so, den Zeitungsunternehmungen. Aber Spiethoff kommt nach allen Einwendungen doch zu dem Schlusse, daß die Verstaatlichung des Inseratenwesens, die nicht ohne Entschädigung einzuführen wäre, immer noch der schrankenlosen Konkurrenz der Privatspekulation vorzuziehen sei. Man sieht, die Sache wird heute schon etwas kühler aufgefaßt.

Wenn nicht mehr jeder „unter die Journalisten gehen“ kann, welcher ehemals „unter die Komödianten“ oder in eine Fremdenlegion gegangen wäre, oder welcher das Zeug hat, als Börsengalopin „Karriere“ zu machen; wenn nicht mehr der politische und literarische Inhalt einer Zeitung sozusagen das Schaufenster sein kann, hinter welchem das — reinliche oder schmutzige — Inseratengeschäft betrieben wird; wenn einmal die Erkenntnis sich allgemeiner Bahn gebrochen hat, daß eine gemeinschädliche Thätigkeit nicht deshalb geduldet werden muß, weil sie sich der Buchdruckerkunst bedient, und wenn man sich auch nicht mehr scheut, solcher Erkenntnis überall Ausdruck zu geben; wenn dann die korporativ geeinigten Zeitungseigentümer und Redakteure einerseits und die Behörden andererseits sich in dem Bemühen, den Stand ehrenhaft und angesehen zu erhalten, gegenseitig unterstützen: dann wird die ungeheure Überproduktion und in deren Gefolge die gemeine, kein Mittel verschmähende Konkurrenz aufhören, das Schriftstellerproletariat geringer werden, und es wird keiner großen Anstrengungen bedürfen, um wirklich vorhandenes Elend zu beseitigen oder zu lindern.



## Der Umschwung in Spanien.



Der Umschwung der Dinge, durch welchen in Spanien die Konservativen wieder ans Ruder gekommen sind, hat das Land — wir wollen hoffen, für lange Zeit — vor zwei Übeln bewahrt, vor dem Rückfall in demokratisch-republikanische Zustände und vor der Abhängigkeit von Frankreich, dem republikanischen Nachbarstaate. Man war auf dem besten Wege zu diesen beiden Übeln, als der König Alfonso die Gefahr erkannte und auf den Staatsmann zurückgriff, welcher bei der Restauration des Jahres 1875 die Rolle eines Mont in Zivil gespielt hatte. Der Ministerpräsident Canovas ist ein kluger, erfahrener und sehr energischer Politiker, welcher in den ersten Regierungsjahren des jungen Monarchen das spanische Staatsschiff mit vielem Geschick durch die hochgehenden Wellen des Parteitreibens steuerte. Er hat etwas Herbes und Rauhes in seinem Wesen, das sich mit der Hofluft nicht wohl verträgt, ist aber ein Charakter ohne Ehrbegier und Eigennutz — in Spanien eine Seltenheit —, und so bewahrte ihm der König sein Vertrauen auch dann noch, als er ihn vor dem Andrang der liberalen Elemente entlassen mußte. Vermutlich werden diese im Hinblick auf das frühere feste Auftreten des jetzigen Premiers sichs